

Viel Streit um neue Netze

Erstmals diskutieren in der **Netzplattform** Akteure mit gegensätzlichen Interessen den beschleunigten Bau nötiger Stromtrassen. In den Arbeitsgruppen gibt es Auseinandersetzungen – aber auch **konkrete Ergebnisse**.

Text: Jörg-Rainer Zimmermann

Ohne großen Medienrummel, eher im Stillen, sucht man derzeit nach Wegen zum beschleunigten Ausbau der deutschen Stromnetze. Die Dialogplattform „Zukunftsfähige Energienetze“, kurz Netzplattform, bildet den Rahmen dazu. Obwohl es in manchen Arbeitsgruppen zu Zerreißprobe gekommen ist, werden langsam konkrete Ergebnisse sichtbar.

Seit dem Startschuss für die Netzplattform, im Juni 2010, kam die Debatte langsam in Gang. Selbst Übertragungsnetzbetreiber – in früheren Zeiten dafür verschrien, Investitionen zu verschleppen – sprachen sich plötzlich für mehr Tempo aus. Das schien aber nur realisierbar, indem die höchst unterschiedlichen Akteure an einen Tisch kommen und Kompromisse finden. Seitens des Bundeswirtschaftsministeriums heißt es dazu schlicht: „Der Umbau zu einem permanenten Dialogforum erfolgte im Februar 2011.“

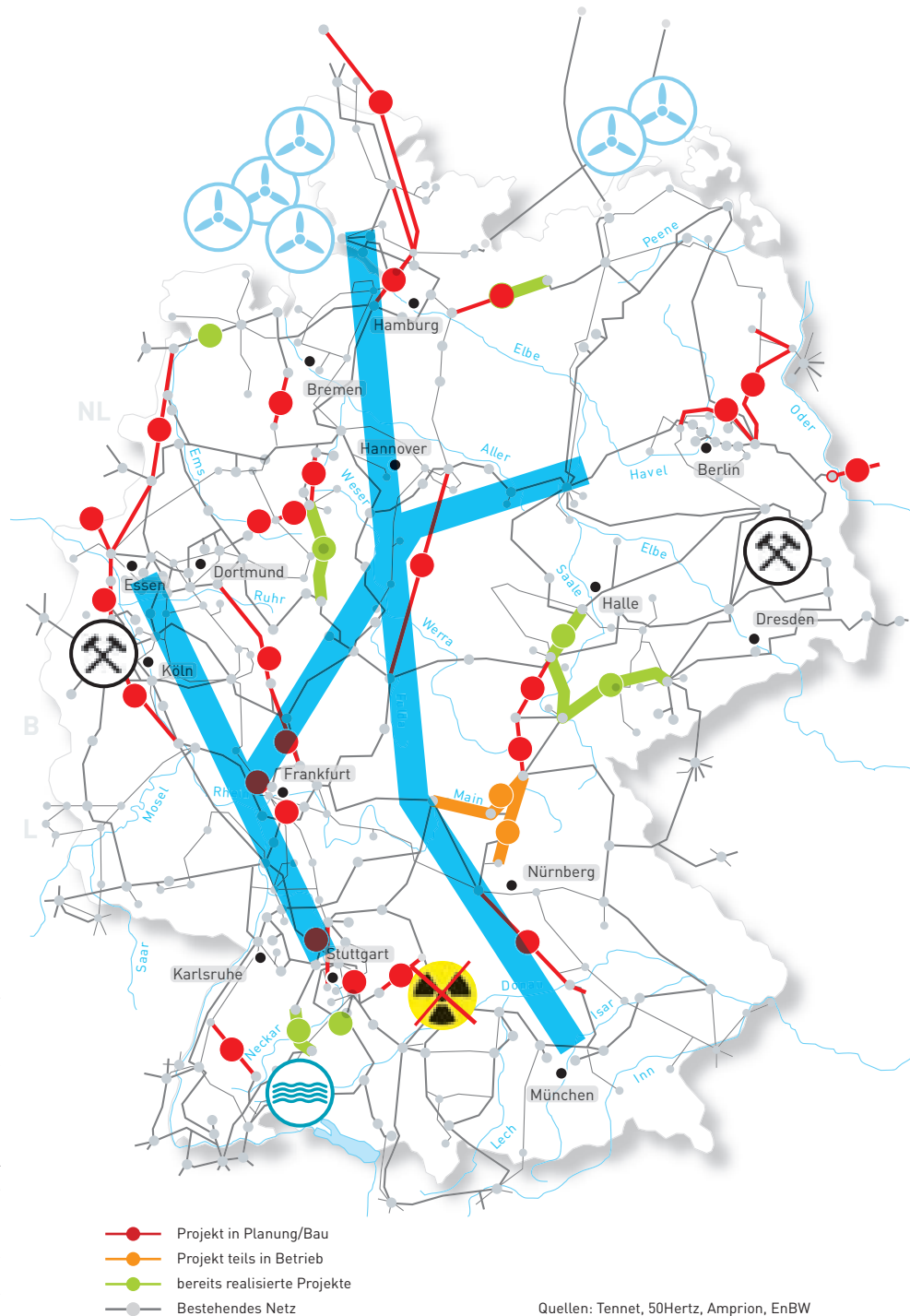
Ähnlich wie in der Steuerungsgruppe zur zweiten Netzausbaustudie der Deutschen Energie-

Agentur, Dena, sitzen sich in den acht Arbeitsgruppen der Netzplattform Vertreter von Netzbetreibern, Bundes- und Länderinstitutionen, unterschiedlichsten Verbänden aber auch der Bundesnetzagentur und der Dena gegenüber. Zur Sprache kommen Themen wie intelligente Netze, Systemsicherheit oder Netzentgelte. Die Ergebnisse der AGs werden regelmäßig im Plenum abgestimmt und von dort an das Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium geleitet. Allein diesen Prozess beschreiben Beteiligte als absolutes Novum. Zuvor galt ein konstruktiver Dialog zwischen Energiekonzernen, Erneuerbaren-Branche und Bundesnetzagentur als nahezu unmöglich.

Zerreißprobe überstanden

Tatsächlich waren die Gespräche vor dem Februar in der Arbeitsgruppe Regulierung weitgehend zum Erliegen gekommen, wie Helmut Lechler bestätigt: „Es gab keine Gesprächsfähigkeit mehr zwischen den Gruppen.“ Zu seiner eigenen Überraschung bat das Wirtschaftsministerium den Energierechtsexperten und emeritierten Professor der Freien Universität Berlin, an die-





sem Punkt die Leitung der AG zu übernehmen. „Seither reden die Beteiligten zumindest wieder miteinander“, erklärt Lecheler.

Offensichtlich gibt es ein verbindendes Element: Man sei sich weitgehend darüber einig, dass es in Deutschland keine konsistente Energiepolitik gibt, so Lecheler. Der weitere Zubau regenerativer Energien sei deshalb ebenso schwer abzuschätzen wie die dadurch benötigten Trassen. Bei dem deutsch-holländischen Übertragungsnetzbetreiber Tennet formuliert man es in anderem Zusammenhang so: „Die Netzbetreiber können nur ein Netz bauen. Voraussetzungen für den richtigen Netzausbau sind verlässliche Zielstrukturen.“

Die Bundesregierung, von der klare Zielvorgaben gewünscht werden, delegiert diese Aufgabe. Wie in Paragraph 12b des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) festgeschrieben, müssen die Übertragungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur erstmals im Juni 2012 einen gemeinsamen nationalen Netzentwicklungsplan vorlegen. Die öffentlichen Stellungnahmen zu den ebenfalls von den Übertragungsnetzbetreibern erarbeiteten drei Szenarien mit Annahmen zum künftigen

Netzausbau Deutschland

Nur ein kleiner Teil der 34 Leitungsprojekte, die durch die Dena-Netzstudie 1 und das Energieleitungsausbaugesetz definiert wurden, ist bislang realisiert. Zu den bestehenden Plänen sollen drei neue Trassen in Hochspannungs-Gleichstromübertragung hinzukommen, die später ins Ausland verlängert werden könnten und sehr hohe Übertragungskapazitäten bieten – es wäre das Herzstück eines künftigen europäischen Super-Grids.

tigen Erzeugungspark wurden vor kurzem von der Bundesnetzagentur eingesammelt (neue energie 8/2011).

„Voraussetzungen für den richtigen Netzausbau sind verlässliche Zielstrukturen.“
Tennet, Übertragungsnetzbetreiber

Im nächsten Schritt wird daraus der auf zehn Jahre angelegte und jährlich aktualisierte Nationale Netzentwicklungsplan entworfen. Einen entsprechenden „Bundesbedarfsplan Übertragungsnetze“ segnet dann die Bundesregierung ab. Erst im Anschluss werden im Rahmen der Bundesfachplanung konkrete Trassen definiert und im Planfeststellungs-Verfahren genehmigt (neue energie 8/2011).



Die Ergebnisse der Netzplattform können an jeder Stelle des komplexen Verfahrens Wirkung zeigen, denn in den Arbeitsgruppen werden je nach Bedarf gerade aktuelle Themen behandelt. Stephanie von Ahlefeldt, Leiterin der Netzplattform-Geschäftsstelle im Wirtschaftsministerium, nennt erste Resultate: „In unserer AG System-sicherheit wurde etwa darauf gedrungen, dass in Zukunft kurzfristiger und genauer als bisher Daten ausgetauscht werden können und damit eine bessere Systemsteuerung möglich wird.“ Dabei gehe es um Daten bezüglich aktueller und prognostizierter Stromerzeugung und Stromnachfrage zwischen Übertragungsnetzbetreibern, Verteilnetzbetreibern,

Erzeugern und Verbrauchern. Der Vorschlag findet sich nach dem Weg über den Bundestag im novellierten Paragraf 12 des EnWG wieder. Zudem beruhe die Einführung der Bundesfachplanung durch das Netzausbaubeschleunigungsgesetz auch auf Ideen der AG Planungs- und Genehmigungsverfahren, bestätigt von Ahlefeldt.

Sollten sich weitere Bundesländer dazu entscheiden, dem Beispiel von Schleswig-Holstein zu folgen, wo sich das Land, Netzbetreiber (Tennet, Eon, 50 Hertz) und Institutionen wie der Bundesverband WindEnergie (BWE) an einer gemeinsamen Netzentwicklungsinitiative beteiligen, dann wäre dies ebenfalls ein Positivposten auf dem Konto der Netzplattform.

„Die Netzentwicklungsinitiative in Schleswig-Holstein ist beispielhaft und ein wichtiger Schritt, um die völlig unzureichenden Netze in Norddeutschland schnell für den weiteren Zubau der Windenergie fit zu machen“, betont BWE-Präsident Hermann Albers. Andere Bundesländer sollten seiner Meinung nach dringend nachziehen, damit es nicht auch dort ausgerechnet in Starkwindphasen zur vermehrten Abschaltung von Windmühlen kommt. Zugleich setze sich der BWE dafür ein, dass Betreiber künftig umlagefähige Einspeisenetze selbst bauen und betreiben dürfen, so Albers.

Super-Grid wird diskutiert

Laut Aussagen der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber werden zudem die drei Pilotstrecken für künftige so genannte Overlay-Verbin-

„Die Netzentwicklungsinitiative
in Schleswig-Holstein ist beispielhaft.“

Hermann Albers, BWE-Präsident

dungen in den Arbeitsgruppen diskutiert. Dabei handelt es sich um jeweils mehrere hundert Kilometer lange Trassen in Hochspannungs-Gleichstromübertragung. Im Januar startet dazu eine Machbarkeitsstudie. Schon jetzt werden die Projekte, deren Fertigstellung nach Schätzung der Netzbetreiber rund acht Jahre dauern könnte, als mögliches Herzstück eines künftigen europäischen Super-Grids gefeiert.

Auch die Themen des Brandbriefs, den die Tennet-Geschäftsführung Anfang November an das Bundeskanzleramt schickte, wurden bereits diskutiert. In dem Schreiben beklagt sich Tennet, dass die derzeitige Anschlusspraxis von Offshore-Parks die „finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen aller Beteiligten“ übersteige. Auch vor dem Hintergrund, dass Netzbetreiber zwei Jahre warten müssen, bis sie über die Netzentgelte erste Rückflüsse für ihre Offshore-Investitionen erzielen können, fordert das Unternehmen die Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Der in der jüngsten Plenumsitzung formulierte Vorschlag zielt nun darauf, dass die finanziellen Rückflüsse zukünftig ohne Zeitverzug erfolgen.

Teilnehmer der Arbeitsgruppen bemerken allerdings kritisch, dass die Ergebnisse nach einer aufwendigen Meinungsbildung in den Ministerien „verschwinden“. Ob, an welcher Stelle und wie der legislative Pro-

zess durch die Arbeit der Netzplattform beeinflusst werde, sei intransparent und eben erst im Nachgang sichtbar. Peter Ahmels von der Deutschen Umwelthilfe, unter anderem in der AG Netzentwicklungsplan vertreten, mahnt zudem an, dass Ergebnisse der Netzplattform nicht als direkte Handlungsanweisung an die Politik verstanden werden dürften. „Der Dialog in den Arbeitsgruppen kann den breiten öffentlichen Dialog sowie demokratische Entscheidungsprozesse nicht ersetzen“, sagt Ahmels. Was in letzter Konsequenz heißt: Der in den Arbeitsgruppen ge-

führte Dialog müsste auch öffentlich geführt werden – nicht nur im Stillen. ◀

